



# Freie und Hansestadt Hamburg

## Bezirksversammlung Altona

A/BVG/123.30-01

Drucksache 20-2502E  
Datum 23.06.2016

### **Beschluss**

#### **Bürgerhäuser stärken – Ausgleich für gestiegene Kosten und gestiegene Bedarfe gewähren**

Die Hamburger Bürgerhäuser sind eine wichtige Säule der sozialräumlichen Angebote in den Bezirken. Sie sind überwiegend in Gebieten angesiedelt, die im Sozialmonitoring des Jahres 2015 der Freien und Hansestadt Hamburg mit dem Statusindex *niedrig* ausgewiesen sind. In diesem anspruchsvollen Umfeld bieten die Bürgerhäuser Angebote an, die von Kultur über Bildung bis zu Partizipation und Vernetzung reichen, und den spezifischen Bedarfen des Sozialraums entsprechen. Gleichzeitig stärken die Bürgerhäuser die Zivilgesellschaft vor Ort und erreichen vielfältige Zielgruppen in den Stadtteilen, indem sie beispielsweise verschiedenen Initiativen und Vereinen ihre Räumlichkeiten zur Verfügung stellen. In der Regel ist für die Besucherinnen und Besucher der Häuser nicht unterscheidbar, ob sie sich in einem Bürgerhaus oder in einem Stadtteilkulturzentrum befinden.

Die Anzahl derer, die Hilfsangebote wie beispielsweise den ehrenamtlich erteilten Deutschunterricht für Flüchtlinge besuchen, wächst stetig. Hierbei übernehmen die Bürgerhäuser im Bezirk Altona, der Bürgertreff Altona-Nord und das Bürgerhaus Bornheide, Vernetzungsaufgaben und stellen Räume zur Verfügung. Des Weiteren bieten im Bürgerhaus Bornheide 20 Einrichtungen und Vereine ein vielfältiges Angebot an oder geben Hilfe bei Problemen, den Bürgertreff Altona-Nord besuchen jährlich rund 30.000 Menschen. Die beiden Bürgerhäuser leisten vorbildliche Arbeit und sind sehr wichtig für die Stadtteile. Die Finanzierung der beiden Bürgerhäuser ist in unterschiedlichen Systemen geregelt.

Der Möglichkeit, Einnahmen durch mehr Vermietungen oder höhere Mieten zu steigern, sind soziale Grenzen gesetzt. Dagegen sind die Ausgaben durch Erweiterungen der Angebote, auch im Hinblick auf die Zunahme geflüchteter Menschen, und insbesondere durch Mehrausgaben bei Personalkosten, beispielsweise durch Tarifierhöhungen und den tarifgerechten Aufstieg der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in höhere Entgelt-Stufen, um fast zehn Prozent gestiegen. Sollte die institutionelle Förderung nicht den gestiegenen Ausgaben angepasst werden, sind insbesondere Kürzungen im Bereich der personalintensiven Stadtteilvernetzung nicht zu verhindern.

Die institutionelle Förderung der Hamburger Bürgerhäuser in den Einzelplänen der Bezirke des Hamburger Haushalts wurde seit Jahrzehnten nicht den gewachsenen Anforderungen angepasst; Steigerungen von Personal- und Betriebskosten stand keine Erhöhung der institutionellen Förderung gegenüber. Auch mit den Mitteln des Quartiersfonds kann keine institutionelle Förderung ersetzt werden, denn eine dauerhafte Förderung aus dem Quartiersfonds ist lediglich in Ausnahmefällen möglich, er soll möglichst nur als Überbrückung genutzt und eingesetzt werden.

Durch die unveränderte und gleichbleibende Förderhöhe unterliegen die Bürgerhäuser einer stetigen Real-Kürzung ihrer Mittel, dadurch ist Funktion und Entwicklung der Bürgerhäuser gefährdet. Die institutionelle Förderung der Bürgerhäuser wurde auch nicht wie die der Stadtteilkultur im Jahr 2009 angepasst. Eine Fachbehörde ist, anders als bei den

Stadtteilkulturzentren, nicht involviert.

**Vor diesem Hintergrund beschließt die Bezirksversammlung Altona:**

- 1. Das Bürgerhaus Bornheide ist von der bisherigen Förderung in die institutionelle Förderung der Bürgerhäuser Hamburgs regulär aufzunehmen.**
- 2. Die Bezirksversammlung fordert den Senat und die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg auf, im Doppelhaushalt 2017/18 die institutionelle Förderung für die Hamburger Bürgerhäuser in den Einzelplänen der betroffenen Bezirke zu erhöhen. Es soll grundsätzlich bei Anpassung der Finanzierungen aufgrund von Tarifsteigerungen und anderer Nebenkosten eine Gleichbehandlung der Stadtteilkulturzentren und Bürgerhäuser stattfinden.**